

23. September 2010

Grußwort zum 2. Bremer Jugendhilfetag, 15.9.2010, Uni Bremen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, hier als Landesvorstandssprecher der GEW Bremen ein Grußwort halten zu können, freue mich aber besonders darüber, dass so viele Menschen hier sind, um ihre Position in der sozial-pädagogischen Theorie und Praxis zu bestimmen. Eine wissenschaftstheoretisch fundierte kritische Reflexion der Bedeutung von Erziehung und Bildung und der jeweils eigenen Tätigkeit darin ist ja eher selten geworden. Insofern bin ich geradezu begeistert, dass mit dieser Tagung die „Bildungsdebatte“ um die Debatte um den Bildungsbegriff aus kritischer Sicht angereichert wird.

Dieser Jugendhilfetag findet in einer Zeit statt, wo wir quasi stündlich damit beschäftigt sind, Kürzungen aufzudecken, abzuwehren, Bündnisse dagegen zu schmieden und uns gegenseitig immer wieder zu versichern, dass wir alles, was wir tun wollen, im Interesse der uns Anvertrauten und/oder sozial Entrechteten tun.

Nur noch selten hinterfragen wir unser eigenes pädagogisches Tun, nehmen uns die Zeit, das was „von oben“ kommt, als das zu entlarven, was es ist: Das Passend-machen von Menschen für eine neoliberale Welt, in der es um Verwertbarkeit geht und nicht um die Entfaltung aller menschlichen Kräfte auf der Grundlage einer möglichst weitgehenden Autonomie des Subjekts.

In unserem Alltagstun fehlt oft die emanzipatorische Perspektive für die uns Anvertrauten – egal ob in Kita, Schule, Jugendhilfeprojekten. Zu sehr sind wir oft mit den Angriffen gegen uns selbst beschäftigt: Arbeitsverdichtung und Arbeitsbelastung, unzureichende Tarifsteigerungen und Nettolohnverlust, Vereinzelung, etc.

Aufgrund dieser Selbstzentrierung laufen wir Gefahr, zu einer Pädagogik der Verzweiflung zu kommen und diesen Widerspruch nicht einmal zu sehen. „Nur Selbstkritik schützt davor, gegen die eigenen Intentionen politisch missbraucht zu werden“, formuliert Armin Bernhard. Aber können wir uns die Selbstkritik leisten, wo doch alle gegen uns, gegen die in Erziehung und Bildung Tätigen, sind?

Die Privatisierung im Bildungsbereich greift um sich; sie führt aber nicht zu einem Wettbewerb zur Verminderung der Fremdbestimmtheit von Kindern und Jugendlichen auf der Grundlage eines radikalen Humanismus. Nein. Sie determiniert eher einen Wettbewerb zur Erhöhung der Fremdbestimmtheit derer, die als abhängig Beschäftigte sich in einer Treitmühle öffentlicher oder privater Bildungseinrichtungen wähen.

Doch ist dieser Widerspruch auflösbar?

Mit der heutigen Tagung wird der Bildungsbegriff einer kritischen Debatte unterworfen. Als Vertreter der GEW habe ich kein Interesse daran, und das sage ich hier ganz deutlich, den Keil zwischen Bildung und Erziehung tiefer zu treiben. Ob „Jugendhilfe“ oder „Bildung“ das bessere, das richtigere Verständnis hat, darf nicht die Frage sein. Wir müssen uns auf das Gemeinsame, auf die Einheit von Erziehung und Bildung besinnen. Ich sehe, dass sich in diesem Land ein eher konkurrierendes Verständnis entwickelt hat; das hat auch etwas mit der Auseinanderentwicklung der jeweiligen Professionen zu tun. Wenn sich einerseits Lehrkräfte heute nicht mehr als Pädagogen fühlen und bezeichnen und andererseits Menschen aus der Jugendhilfe in Schule als Institution und in Lehrkräften als handelnde Subjekte ihre Gegner sehen, ist irgendwas falsch gelaufen.

Hier sich nur gegenseitig verantwortlich zu machen, führt uns einer Aufhebung des oben benannten Widerspruches nicht näher. Umso wichtiger diese Tagung, die auch mithilfe einer radikalen Gesellschaftskritik zu einem vielleicht wieder gemeinsamen Bildungsbegriff findet und damit auch die Debatte in der Praxis wieder neu beleben kann und entsprechende politische Umsetzungen bewirken hilft.

Lasst mich ein paar Stichworte aktuellen GEW-Alltags in diese Runde werfen, die so manche Widersprüche durchaus verdeutlichen, gestattet mir hier auch einige Zuspitzungen.

Stichwort „ErzieherInnenausbildung“:

Seit Jahren weitgehende Einigkeit in der Frage der Notwendigkeit einer Ausbildung auf akademischen Niveau. Aber bei der Frage der Konkretisierung gibt es die unterschiedlichsten Widerstände:

Besser ausgebildete ErzieherInnen müssen besser bezahlt werden, das Geld ist nicht da. Punkt.

Wer dreißig Jahre an der bisherigen Ausbildung festgehalten und sie mit konzipiert hat, wird nicht plötzlich sagen, dass diese nicht mehr grundlegend sein kann.

Wer Erzieherinnen als tarifliche Kampftruppen braucht, kann sie nicht dadurch vor den Kopf stoßen, dass sie schlecht ausgebildet seien (die Angst ist zu groß, dass sie glauben, sie würden schlechte Arbeit machen).

Wer allerdings an der Forderung einer höher qualifizierenden Ausbildung und entsprechender Praxisstellen festhält, dem wird vorgeworfen, die Arbeit von Erzieherinnen zu missachten.

Unterstichwort: Elementarpädagoginnen:

Vor einigen Jahren auch an der Uni Bremen als Studiengang eingerichtet, wollen nun die ersten AbsolventInnen in die Kitas, aber Stellen werden für sie nicht geschaffen. Stattdessen sollen sie gegen jeden fachlichen Rat aus Theorie und Praxis ihr Berufseinstiegsjahr, so heißt deren Anerkennungsjahr, gemeinsam mit den AbsolventInnen der Fachschule machen. Eine ganz schwierige Sache, wenn man sich die unterschiedlichen Biografien von FachschülerInnen und HochschulabsolventInnen anguckt.

Stichwort „Ganztagsschule“:

Jeder will sie, aber keiner will seine bisherigen Privilegien bzgl. Arbeitszeit einerseits und sozialpädagogischen Freiheiten andererseits aufgeben. Hinzu kommt eine gegenseitige Unkenntnis des „Bildungsauftrags“, resp. ein mit Vorurteilen beladenes Rollenverständnis des jeweils anderen. Bezahlungsunterschiede tun ihr übriges. Im Ringen um eine gute Ganztagsschule vergessen auch wir manchmal, dass wir, ganz im Sinne einer radikalen Gesellschaftskritik, in einem gesellschaftspolitischen Entwicklungsland leben. Und ich bin nicht sicher, ob alle hier im Raum die staatlich verfasste Ganztagsschule als Zwangseinrichtung wollen. Ist die Familie, wenn sie denn gut ist, nicht doch die bessere Erziehungsanstalt?

Stichwort Privatschulen:

Auch ein wunderbares Thema, das Verhältnis von Bildung, Subjekt und Gesellschaft zuzuspitzen. Natürlich sind wir alle gegen Privatisierung – keiner von uns will Bertelsmann oder die Initiative neue Soziale Marktwirtschaft als Schulträger oder nur Einflussnehmer auf unsere Schulen. Aber wie steht's denn mit den „Bürgerschulen“ vom Paritätischen oder gar einer Freien humanistischen Schule oder dem Körnerwall? Schulen, von engagierten Eltern gegründet, mit engagierten Lehrkräften und anderen Fachleuten ausgestattet, mit hervorragendem pädagogischen und didaktischen Profil und Konzept. Da ist das Kind Akteur seiner Entwicklung, eine emanzipatorische Perspektive ist gegeben. Können wir da dagegen sein?

Stichwort Tarifpolitik:

Darf man angesichts zunehmender Verarmung und Armut in diesem Land für eine bessere Bezahlung der Besserverdienenden streiken? Das fällt, und ich nehme das schmerzhaft zur Kenntnis, vielen (auch Hochschul-) Lehrerinnen und Lehrern offensichtlich schwer. Zumal die aktuelle Auseinandersetzung um die Entgeltordnung für Lehrkräfte auch beinhaltet, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, will z.B. heißen, gleicher Lohn für Grundschullehrerinnen und Gymnasiallehrer. Übrigens kein Fauxpas in meiner ansonsten gegenderten Sprache, sondern die Beschreibung herrschender Verhältnisse. Der überwältigende Anteil der an Grundschulen Beschäftigten ist weiblich – damit stellt die ungleiche Bezahlung in Grundschulen und Gymnasien eigentlich einen Diskriminierungstatbestand dar.

Anmerkung: Dies gilt für ErzieherInnen im Prinzip in gleicher Weise – nur, dass es noch keine Gymnasialkita gibt, in denen Männer besser bezahlt werden. Pikanterweise werden derzeit die meisten ErzieherInnen in Kitas übrigens besser bezahlt, als in Schulen. Das wiederum hat was mit kommunaler oder Länderträgerschaft zu tun und den jeweils geltenden Tarifverträgen – wenn es denn welche gibt!

Aber was sind Tarifverträge? Nichts anderes als Ausdruck eines Machtverhältnisses. Wer viele Leute auf die Straße bringt, kriegt was. Die Kehrseite: Wenn ich, z.B. um Eltern nicht zu verprellen, nicht streike, krieg ich auch nix. Und warum sollten Gymnasiallehrer dafür streiken, dass die Grundschullehrerinnen soviel verdienen wie sie?

Es gäbe noch eine ganze Reihe von „Stichworten“ aus dem widerspruchsvollen Alltag einer Bildungsgewerkschaft. Zu selten gönnen wir es uns, den Kern der Widersprüche herauszuarbeiten. Meistens bleiben wir pragmatisch-politisch. Manchmal verstecken wir unsere Überzeugung hinter vorgeschobener und notwendiger Interessensvertretung. Manchmal sind wir zu wenige, um all das, was es zu be- oder erkämpfen gilt, anzugehen.

Und hier liegt vielleicht eine mögliche Auflösung: Wenn es uns gelingt, in emanzipatorischen Bildungsprozessen die Dialektik von Widerstand und Selbstbestimmung erfahrbar zu machen, nicht zuletzt dadurch, dass wir als pädagogisch Agierende vorbildlich vorgehen, dann wird es u.U. mehr Menschen geben, die sich für ihre eigenen Interessen einsetzen. Warte nicht auf bessere Zeiten, schaff' sie dir! Und ich bin davon überzeugt, dass nur, wer sich für sich selbst einsetzen kann, sich auch für andere einsetzen kann. Dieses Einsetzen muss nicht in einer Gewerkschaft sein, würde, wen wundert's, von mir aber äußerst begrüßt werden. Musiker und andere Kulturschaffende verweisen an dieser Stelle immer darauf, dass man am Ausgang ihre CD kaufen kann, ich verweise lediglich auf Beitrittserklärungen am Info-Tisch.

Und ich möchte abschließend verweisen auf den heißen Herbst: Das, was diese Bundesregierung an Fremdbestimmtheit über die Menschen bringt, darf nicht unwidersprochen bleiben! Weder ihre brutale Gerichtetheit gegen die Armen, noch ihre liebkosende Zuwendung gegenüber den Reichen – um das mal sehr plakativ auszudrücken. Wer HARTZ IV-Empfängern das Erziehungsgeld und die Heizkostenbeihilfe streicht, wer sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse durch prekäre Leiharbeit ersetzt, wer eine Kopfpauschale im Gesundheitswesen und die Menschen länger arbeiten lassen will, will weder eine soziale noch eine Bildungsgerechtigkeit in diesem Land. Dass diese schwarz-gelbe Regierung das nicht will, muss uns nicht verwundern – aber stillschweigend zur Kenntnis nehmen müssen wir das auch nicht. Daher ruft ein breites Bündnis in Bremen unter dem Motto „Gerecht geht anders!“ zu einem heißen Herbst auf. Auftakt ist am 29.9. auf dem Marktplatz. Hier wird u.a. auch die Unsäglichkeit thematisiert, Kita-Gruppen aufzustocken. Auch in der Bremer Politik zeigt sich: Die Schuldenbremse frisst schon jetzt ihre Kinder!

Dieser „heiße Herbst“ (und der geht in Bremen mindestens bis zu den Bürgerschaftswahlen am 22. Mai 2011) ist nötiger denn je, wenn wir eine bessere, auch emanzipatorische Bildung wollen. Wer das Geld dafür nicht dort holt, wo es ist, sondern denen nimmt, die es nicht haben, steht auf der falschen Seite! So einfach ist manchmal Gewerkschaftspolitik – ihr habt's heute ungleich schwerer!

Ich wünsche diesem 2. Bremer Jugendhilfetag einen spannenden Verlauf und Streitbare aber solidarische Diskussionen.

Landesvorstandssprecher
Christian Gloede